

# JUST TRANSITION

Die Weltgemeinschaft hat sich dazu verpflichtet, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Auch Deutschland will dazu einen ambitionierten Beitrag leisten und seine Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80–95% reduzieren. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen diese Zielarchitektur.

Um dem Klimawandel zu begegnen, ist eine schrittweise Abkehr von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energieträgern notwendig. Dieser Übergang stellt alle gesellschaftlichen Gruppen vor große Herausforderungen. Dabei müssen die klimapolitischen Ziele mit beschäftigungspolitischen Zielen – wie zum Beispiel Gute Arbeit und Tarifbindung – verknüpft werden. Die sozial gerechte Gestaltung des Strukturwandels durch einen handlungsfähigen Staat gehört für den DGB ins Zentrum der politischen Debatte. Dieser gerechte Wandel – international als „Just Transition“ bezeichnet – muss zum klimapolitischen Leitbild werden.

## Mitbestimmung



Die Kultur der Beteiligung und Mitbestimmung in den Betrieben stärken.

## Innovative Industrie



Aktive Industriepolitik fördert Innovationen, qualifiziert die Beschäftigten und stärkt die Leistungsfähigkeit der Unternehmen.

## AKTIVE STRUKTUR- UND INDUSTRIEPOLITIK

Notwendig ist eine aktive Industriepolitik, die Innovationen entlang der Wertschöpfungsketten fördert, die Leistungsfähigkeit der Unternehmen stärkt und die Beschäftigten für künftige Herausforderungen qualifiziert. Die Gewerkschaften und ihre Mitglieder unterstützen eine vorausschauende Strukturpolitik, die tragfähige Zukunftsperspektiven für die Menschen in vom Wandel erfassten Branchen und Regionen entwickelt. Für Innovationen in den Betrieben muss die Kultur der Beteiligung und Mitbestimmung gestärkt werden. So werden die Beschäftigten zum Treiber und Gestalter des Strukturwandels.



## NEWSLETTER

Abonnieren Sie unseren Newsletter PERSPEKTIVEN unter [www.dgb.de/service/newsletter](http://www.dgb.de/service/newsletter)



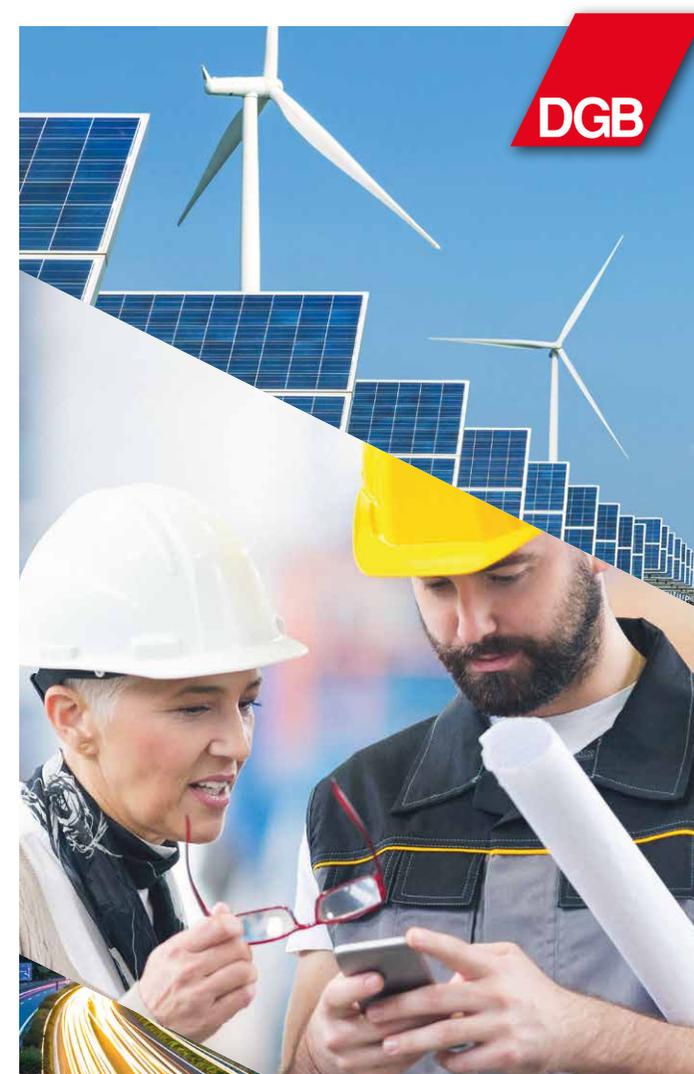
## ONLINE

Für weitere Informationen zu diesen und weiteren Themen besuchen Sie uns auf [www.dgb.de/sid](http://www.dgb.de/sid)



Dieses Faltblatt basiert auf dem Antrag C011 „Klima, Energie, Mobilität – Den Wandel gerecht gestalten“, der auf dem 21. Ordentlichen Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Mai 2018 verabschiedet wurde.

Fotos Titelseite: Soonthorn/Adobe Stock, danchoalex/Stockphoto, powell83/Adobe Stock



# KLIMA, ENERGIE, MOBILITÄT

# DEN WANDEL GERECHT GESTALTEN



## HERAUSGEBER

DGB-Bundesvorstand  
Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik  
V.i.S.d.P.: Stefan Körzell  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin



# KLIMASCHUTZ IN ALLEN SEKTOREN

Der DGB fordert eine staatliche Investitionsoffensive in die Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur. Der nationale Klimaschutzplan 2050 muss als Strategie für eine umfassende Klimapolitik weiter entwickelt werden, die Energiewirtschaft, Verkehr, Gebäude, Industrie und Landwirtschaft einbezieht. Ein neu einzurichtender Transformationsbeirat soll auf Bundesebene darüber wachen, dass die Energie- und Verkehrswende sinnvoll miteinander verknüpft und zu wirksamen gesetzlichen Regulierungen geführt wird.

## Klimaschutzplan 2050



Weiterentwicklung als **Strategieplan** für eine alle Sektoren umfassende Klimapolitik unter Berücksichtigung der Sozial- und Wirtschaftsverträglichkeit.

## Transformationsbeirat



Einrichtung des Beirats für eine **stärker integrierte Steuerung** der Energie- und Verkehrswende.

## SEKTOREN INTELLIGENT KOPPELN

Für erfolgreichen Klimaschutz müssen neben dem Stromsektor auch die Bereiche Wärme und Mobilität klimaneutral gestaltet werden. Es ist sinnvoll, diese drei Verbrauchssektoren intelligent miteinander zu koppeln – wie zum Beispiel bei Wärmepumpen, die Wärme mit Hilfe von Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen, oder bei Fahrzeugen, die mit Strom oder synthetischen Kraftstoffen angetrieben werden. Ein handlungsfähiger Staat muss dafür sorgen, dass die Synergien zwischen diesen Sektoren optimal genutzt werden können, und zusätzlich Experimentierräume für neue Technologien schaffen.



## Strom, Wärme, Mobilität zusammendenken

Die Verbrauchssektoren Strom, Wärme und Mobilität intelligent miteinander verknüpfen und Synergien optimal nutzen.

# ENERGIEWENDE ALS INVESTITIONSPROGRAMM

Für eine treibhausgasfreie Wirtschaft müssen die erneuerbaren Energien sowie Netze und Speicher erheblich ausgebaut werden. Wir brauchen eine europäische Energiewende, die als Investitionsprogramm für wirtschaftlichen Wohlstand, Beschäftigungsaufbau und für eine gerechte Strukturentwicklung sorgt. Die Versorgungssicherheit darf dabei nicht beeinträchtigt und Strompreise müssen bezahlbar gehalten werden.

Zur Umsetzung dieser Energiewende fordert der DGB folgende Maßnahmen:

- die Stärkung von Investitionen in erneuerbare Energien durch die Vorgabe jährlicher Mindestausbauziele
- ein mit dem Zubau erneuerbarer Energien koordinierter Ausbau des Stromnetzes und die zügige Entwicklung von Speichertechnologien
- eine stärkere und sozialverträglich umzusetzende Förderung der Gebäudesanierung – vom Einfamilienhaus bis zu Wohnquartieren
- die Förderung von Effizienz-Innovationen in Unternehmen, etwa durch eine Stärkung der Rolle von Betriebsräten
- den Ausbau des Europäischen Emissionshandels, um Treibhausgase zu reduzieren sowie Investitionen in innovative Technologien und den Schutz und Ausbau industrieller Wertschöpfung zu fördern
- die Schaffung eines Investitionsrahmens für emissionsarme und flexible konventionelle Kraftwerke sowie Speicher, um eine gesicherte Stromversorgung zu ermöglichen – z. B. durch einen Kapazitätsmarkt
- Anreize für Investitionen in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen im öffentlichen und industriellen Bereich

## Gerechte Finanzierung aus Steuermitteln



Die Energiewende muss aus **Steuermitteln gerechter als bislang finanziert werden, um sie für alle Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbar zu machen. Eine solche Reform der Abgaben und Umlagen kann gleichzeitig Impulse für Investitionen in die Sektorenkopplung setzen.**

# VERKEHRSEKTOR SOZIAL UND ÖKOLOGISCH UMBAUEN

Der Klimawandel, das rasante Verkehrswachstum, die zunehmende Verstädterung und nicht zuletzt die Knappheit endlicher Ressourcen zwingen uns zu einem sozial-ökologischen Umbau des Verkehrssektors. Dessen Effizienz muss drastisch erhöht werden. Gleichzeitig brauchen wir intelligente Konzepte für eine sozialverträgliche Dekarbonisierung der Antriebsseite. Das Ziel des DGB ist ein integriertes Mobilitätskonzept mit einer intakten Verkehrsinfrastruktur und einer besseren Vernetzung der Verkehrsträger.

Notwendig ist die Verlagerung von Verkehr auf die emissionsärmeren Verkehrsträger Eisenbahn und Schiff. Deshalb hat der Ausbau des Schienennetzes, der Wasserstraßen und der ÖPNV-Infrastruktur hohe Priorität.

## Emissionsarmer Verkehr

Verkehr auf die klimafreundlicheren Verkehrsträger Eisenbahn und Schiff verlagern.



## Zukunftswisende Personalkonzepte

Die Beschäftigten fördern, um Arbeitsplätze langfristig am Standort Deutschland zu sichern.



Digitale Vernetzung kann die kombinierte Nutzung verschiedener Verkehrsträger zur Beförderung von Gütern und Personen erleichtern, die Fahrzeugauslastung erhöhen und eine umweltfreundliche Transportwahl erleichtern. Öffentliche Investitionen sollten sich vor allem auf intermodale Vernetzung, Elektrifizierung der Schienenwege, flächendeckende Ladeinfrastruktur und Energiespeicherung konzentrieren.

Für einen gerechten Strukturwandel müssen die vollständigen Wertschöpfungsprozesse im deutschen Fahrzeugbau gehalten werden. Um Arbeitsplätze am Forschungs- und Produktionsstandort Deutschland langfristig zu erhalten, sind eine hohe Innovationsfähigkeit und Investitionsbereitschaft sowie zukunftsweisende Konzepte zur Personalentwicklung erforderlich.